

CHILE: DREI JAHRE NACH DEN SOZIALEN UNRUHEN IST DIE STRAFRECHTLICHE VERFOLGUNG DER VERANTWORTLICHEN DRINGEND ERFORDERLICH

17. Okt. 2022 | Pressemitteilungen

<https://amnistia.cl/noticia/chile-a-tres-anos-del-estallido-social-se-hace-urgente-el-procesamiento-de-responsables/>

Drei Jahre nach Beginn der "sozialen Unruhen" wurde noch kein ranghoher Befehlshaber angeklagt, der für die Strategie, die Proteste um jeden Preis zum Schweigen zu bringen, verantwortlich war, und es sind bis jetzt nur 16 Verurteilungen wegen Menschenrechtsverletzungen bekannt, die in diesem Zeitraum begangen wurden.

"Dieser 18. Oktober erinnert uns an die verändernde Kraft der Massenproteste, die einen verfassungsgebenden Prozess ausgelöst haben, der immer noch andauert. Sie konfrontiert uns aber auch mit der bedauerlichen Situation der weit verbreiteten Straflosigkeit. Die Befehlshaber der Carabineros, die für die Bekämpfung der sozialen Unruhen verantwortlich waren, werden nicht zur Rechenschaft gezogen, während die Mehrheit der Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die brutalen Übergriffe der Polizeikräfte wartet",

sagte Rodrigo Bustos, Generalsekretär von Amnesty International Chile.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft sind von den 10.936 Fällen von Menschenrechtsverletzungen während der sozialen Unruhen nur 130 Fälle formal erfasst worden, 206 Personen sind angeklagt, und es gab 16 Verurteilungen, darunter die Verurteilung eines Militäroffiziers zu fünf Jahren und einem Tag Gefängnis für den Tod von Kevin Gómez, der in Coquimbo aus nächster Nähe erschossen wurde. Erwähnenswert ist auch die 12-jährige Haftstrafe gegen den ehemaligen Offizier der Carabineros, der Fabiola Campillai blind und ohne Geschmacks- und Geruchssinn machte, nachdem er ihr in Santiago eine Tränengaskartusche ins Gesicht geschossen hatte.

Die Grausamkeit dieser Fälle wurde von Amnesty International in ihrem Bericht "Eyes on Chile - Polizeigewalt und Führungsverantwortung während der sozialen Unruhen", dokumentiert, in dem festgestellt wird, dass die von den Verantwortlichen der Carabineros eingesetzten Mittel und Techniken zu weit verbreiteten Verletzungen des Rechts auf persönliche Unversehrtheit führten. Tausende Menschen wurden verletzt und mehr als 440 erlitten Augentraumata durch die Munition, die die Carabineros zur Niederschlagung der Proteste einsetzten.

"Die hochrangigen Befehlshaber der Carabineros hätten die Tragödie von 2019 verhindern können, wenn sie die notwendigen Maßnahmen ergriffen hätten, die ihnen ja zur Verfügung standen, um die von ihren Untergebenen begangenen Menschenrechtsverletzungen zu beenden. Stattdessen ließen sie zu, dass Tausende von Menschen irreparable Schäden erlitten und Hunderte eine lebenslange Behinderung davon trugen. Es ist an der Zeit, dass alle Verantwortlichen, einschließlich der Befehlshaber der Carabineros, wenn die Staatsanwaltschaft dies für angemessen hält, für ihre Handlungen und Unterlassungen bei der Bewältigung dieser Krise belangt werden", so Rodrigo Bustos.

Amnesty International erkennt an, dass der Reformprozess der Carabineros zwar langsam verläuft, aber Schritte in die richtige Richtung unternommen werden. ***"Eine tiefgreifende strukturelle Reform der Carabineros muss so schnell wie möglich stattfinden und den Rechtsrahmen der Institution ändern, um sicherzustellen, dass alle ihre Handlungen im Einklang mit den Menschenrechten stehen. Sie muss auch die Schaffung unabhängiger Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen gewährleisten",*** sagte Rodrigo Bustos.

Amnesty International ist auch besorgt über die Entscheidung der Regierung, den Generaldirektor der Carabineros auf seinem Posten zu belassen, obwohl er in einer der Anklagen, die von der Staatsanwaltschaft untersucht werden, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Angeklagter genannt wird, sowie über die Hinweise von Amnesty International, dass er möglicherweise für die repressive Reaktion auf soziale Proteste verantwortlich war, als er Direktor für Ordnung und Sicherheit war.

"Jede Person, bei der es ernsthafte Hinweise darauf gibt, dass sie weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen angeordnet oder geduldet hat, sollte von ihrem Posten entfernt werden, bis ihre Verantwortung gerichtlich geklärt ist, insbesondere wenn eine ernsthafte Polizeireform vorankommen soll", schließt Rodrigo Bustos.

